



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und
Netzpolitik -

Tagesordnung Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 26. März 2019

Vorlagen-Nr. 19-F-21-0012

Mobile Payment in der Stadtverwaltung - Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 06.03.2019 -

In jüngerer Zeit haben weitere prominente multinationale IKT-Unternehmen ihre Mobile Payment Technologie auf dem deutschen Markt eingeführt, z.B. ApplePay im Dezember 2018, GooglePay im Juni 2018. Darüber hinaus kann in etlichen Geschäften in Deutschland mit dieser Technologie mittlerweile bezahlt werden. Mobile Payment (in seinen neusten Entwicklungen) stellt dabei eine Form des kontaktlosen Bezahls mit Hilfe eines Smartphones dar. Entweder mit Hilfe der Near-Field-Communication (NFC)-Methode oder mit Hilfe einer QR-Bezahlcode-App können offene Forderungen beglichen werden. Diese Methode wird vor allem gerne für Mikrozahlungen / Micropayments eingesetzt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob bereits zum jetzigen Zeitpunkt an Stellen innerhalb der Stadtverwaltung mit Hilfe von Mobile Payment Technologien Forderungen beglichen werden können;
2. ob er in dieser Bezahlmethode Potentiale sieht der Maxime eines möglichst bargeldlosen Zahlungsverkehrs innerhalb der Stadtverwaltung näher zu kommen. Dies gilt insbesondere für stark besucherfrequentierte Stellen der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften, bspw. zentrales Bürgerbüro, Zulassungsstelle, ESWE Verkehr und den städtischen Schwimmbädern;
3. ob in der von ESWE Verkehr betriebenen Busflotte sowie den noch anzuschaffenden E-Fahrzeugen eine Nachrüstung für das mobile Payment möglich ist, was eine Nachrüstung kosten würde und in welchem Zeitraum, das ermöglicht werden kann;
4. wie er zu einem diesbezüglichen Pilotprojekt steht.

Beschluss Nr. 0017

1. Der Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 06.03.2019 betr.

Mobile Payment in der Stadtverwaltung

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

2. Der Magistrat wird voraussichtlich in 12 Monaten über die Entwicklung/den Sachstand berichten.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2019

Beyes
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .04.2019

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .04.2019

1. ~~Dezernat II i. V. m. Dezernat III und
Dezernat V/ESWE Verkehr zu Ziffer 2
mit der Bitte um weitere Veranlassung~~

2. ~~Abdruck:~~

~~— Dezernat III
Dezernat V/ESWE Verkehr
mit der Bitte um Kenntnisnahme~~

Gerich
Oberbürgermeister

Auszeichnung durch OB geändert:
Dez. III mit der Bitte um weitere
Veranlassung zu Nr. 2

JH 14.11.2019